



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 11/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem November-Newsletter möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten.

Das Jahr 2016 ist in den letzten Zügen und für das Parlament bedeutet dies auch immer, dass die Haushaltsberatungen in den Endspurt gehen: In der ersten Runde der Haushaltsberatungen zur 2. Lesung haben die Fraktionen von SPD und GRÜNEN bereits Verbesserungsanträge zum Haushalt im Volumen von 29,9 Millionen Euro eingebracht. Zur dritten und abschließenden Lesung werden die Fraktionen ihre politischen Schwerpunkte mit weiteren 79,7 Millionen Euro deutlich machen. Damit stehen Haushaltsverbesserungen von nahezu 110 Millionen Euro an. Insgesamt waren an zwei Plenartagen rund 13 Stunden für die Haushaltsdebatte vorgesehen. Die dritte Lesung ist angesetzt für die nächste Plenarwoche Mitte Dezember.

Die Plenardebatte am Freitag begann mit einer Aktuellen Stunde zur Wirtschaftspolitik. Anlass bot den Fraktionen von CDU und FDP eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Nordrhein-Westfalen wird in der Studie wirtschaftlich kleingeredet. Das Gegenteil ist aber der Fall, wir können uns dabei Wirtschaftsminister Garrelt Duin nur anschließen: „Wir sind in der Spur.“ Nordrhein-Westfalen ist beispielsweise Spitzenreiter bei den Existenzgründungen. Die meisten Start-Ups werden in unserem Bundesland gegründet.

Auch in unseren Wahlkreisen waren wir viel unterwegs: Wir haben unter anderem gemeinsam das Horst Görtz Institut für IT-Sicherheit als sogenannte „Aktion vor Ort“ anlässlich des Tags der Medienkompetenz 2016 besucht und waren im Rahmen der Woche des Respekts mit der Polizei Bochum auf Streife. Beides Termine von denen wir besondere Eindrücke für unsere Arbeit als Landtagsabgeordnete mitnehmen konnten. Hierüber sind unten ausführliche Berichte zu lesen.

Bereits in zwei Wochen melden wir uns wieder mit dem letzten Newsletter in diesem Jahr. Dann werden wir unter anderem über die „Elefantenrunde“ berichten können. Bis dahin wünschen wir Ihnen und euch bereits eine besinnliche Adventszeit und viel Spaß beim Lesen unseres Newsletters!

Beste Grüße

Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel MdL



Für die zweite Lesung des Haushalts 2017 haben die Fraktionen von SPD und GRÜNEN Anträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 30 Millionen Euro eingebracht. Damit setzen wir Schwerpunkte in wichtigen Politikfeldern; beraten wurden sie am Mittwoch und am Donnerstag:

Gemeindefinanzierungsgesetz:

Auch im Jahr 2017 können die nordrhein-westfälischen Kommunen wieder mit einer deutlichen Unterstützung durch das Land rechnen. Durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 (GFG 2017) wird den Städten, Gemeinden und Kreisen die

Rekordsumme in Höhe von insgesamt 10,64 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Dies sind über 260 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Noch nie gab es in Nordrhein-Westfalen höhere Zuweisungen an die Kommunen. Die Verabschiedung des GFG 2017 im nordrhein-westfälischen Landtag ist für das zweite Dezember-Plenum geplant, am Donnerstag wurde es erstmals im Plenum beraten.

Stärkung Ehrenamt:

1,8 Millionen Euro erhalten die Feuerwehren vor Ort für die Nachwuchsgewinnung. Weitere 1,6 Millionen Euro bekommen die Betreuungsvereine für ihre Arbeit. Im Justizbereich werden eine Million Euro u. a. für freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit bereitgestellt.

Innovation und Digitalisierung:

Wir stellen 2,5 Millionen Euro bereit, um die Kommunen bei der Umsetzung von E-Governmentstrategien zu unterstützen. Die Verbraucherzentralen erhalten 150.000 Euro, um ihre Beratungsangebote bei Fragen zum Thema Digitalisierung auszubauen. Den Games-Bereich und innovative Medienformate stärken wir mit 700.000 Euro.

Die Fachhochschule Bielefeld plant ihr bisheriges Angebot um Studiengänge in Logistik, Product-Service-Engineering und Digitale Technologien beziehungsweise Data Science, die auch praxisintegriert und auf Englisch angeboten werden sollen, zu erweitern. Hierfür gibt das Land 2,6 Millionen Euro zusätzlich.

Kultur:

Insgesamt stellen wir sieben Millionen Euro zusätzlich für verschiedene Projekte bereit. Wir werden zudem die bestehenden Strukturen und Institutionen stärken. Darunter fällt eine deutliche Mittelerhöhung für die Landesmusikakademie und das Museum Insel Hombroich. Bereits für den Haushalt 2016 wurde der Etat durch Anträge der Fraktionen um 3,1 Millionen Euro aufgestockt. Der Kulturhaushalt hat nun eine Rekordhöhe von mehr als 200 Millionen Euro.

Eine-Welt Politik:

Insgesamt 1,1 Millionen Euro zusätzlich stellen wir für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Austauschprogramme bereit. Das Geld kommt unter anderem der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zugute und dient der Informationsarbeit vor Ort.

Soziales und Inklusion:

Die Krebsberatungsstellen erhalten 500.000 Euro mehr. Zudem stellen wir 350.000 Euro zusätzlich für Projekte zur gesellschaftlichen Inklusion zur Verfügung. Des Weiteren implementieren wir einen Studiengang für Gebärdendolmetscher an der Universität Köln und stellen dafür 430.000 Euro bereit.

Effiziente Verwaltung:

Wir schaffen zehn Stellen zur Bekämpfung von Geldwäsche bei den Bezirksregierungen. Weitere zehn Stellen werden bei den Planfeststellern zur Sicherstellung der Abrufung von Bundesmitteln eingerichtet. Darüber hinaus erhöhen wir die Mittel für die Nachwuchswerbung in der Finanzverwaltung. Im Angestelltenbereich schaffen wir etwa 90 Stellen. Wir geben so mehr als 4,5 Millionen Euro für diesen Bereich aus.

Novelliert: Wichtiger Schritt für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst

In diesem Jahr wird das nordrhein-westfälische Landesgleichstellungsgesetz 17 Jahre alt. Wenngleich Nordrhein-Westfalen auf eine lange gleichstellungspolitische Tradition blicken kann, sind wir noch immer nicht am Ziel: Auch heute gibt es strukturelle Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen – auch im öffentlichen Dienst. Sie zeigen sich auch heute in der deutlichen Unterrepräsentanz von Frauen in höheren Entgelt- und Besoldungsgruppen, in Führungspositionen und bei der Gremienbesetzung.

Das neue Gleichstellungsrecht setzt genau an diesen Defiziten an und umfasst im Wesentlichen die Erhöhung der Frauenanteile in Führungspositionen, die Stärkung der Position der Gleichstellungsbeauftragten und die Erhöhung des Frauenanteils in Gremien:

1. Frauen sind in Führungspositionen des Öffentlichen Diensts unterrepräsentiert. Daher wird die bestehende Quotenregelung unter Berücksichtigung der beruflichen Entwicklungschancen von Frauen weiterentwickelt. Die im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz eingeführte Beförderungsklausel wird mit der Novellierung des LGG auf den gesamten öffentlichen Dienst in NRW übertragen.
2. Die Position der Gleichstellungsbeauftragten wurde hinsichtlich ihrer Rolle innerhalb der Dienststelle gestärkt. Sie muss in Zukunft frühzeitig in alle personellen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen einer Dienststelle einbezogen werden. Ergänzend dazu werden der Gleichstellungsbeauftragten Instrumente an die Hand gegeben, mit denen die Durchsetzbarkeit ihrer Arbeit gestärkt wird.
3. Die Weiterentwicklung einer Quotenregelung für Gremien soll zur Realisierung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses innerhalb dieser Gruppe beitragen. Gremien, die sich im Geltungsbereich des Gesetzes befinden sollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent aufweisen.

Mit der Novellierung des Gleichstellungsrechts sind wir einen wichtigen Schritt weiter in Richtung der Gleichstellung der Geschlechter im Öffentlichen Dienst. Mit unserem rot-grünen Antrag „Landesgleichstellungsgesetz als wichtigen Schritt für die Gleichstellung in NRW in die Fläche tragen“ heben wir die Bedeutung dieser Novellierung und die darin enthaltene Stärkung der Durchsetzbarkeit gleichstellungspolitischer Maßnahmen hervor.

Erfolgreich: Langfristige Förderung des Mittelstandes gesichert



ihre Mittelstandsverträglichkeit hin geprüft.

Um dauerhaft den Sachverstand und die Interessen der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen frühzeitig in die Erarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung einfließen zu lassen, wurde das Mittelstandsförderungsgesetz am Mittwoch dauerhaft entfristet. Das Gesetz wurde 2012 gemeinsam mit dem Mittelstandsbeirat und der Clearingstelle eingerichtet. Seitdem werden von der Clearingstelle Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung, des Bundes und der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und kommunalen Spitzenverbänden auf

Geregelt: Rahmenbedingungen für die Industrie- und Handelskammern

Die Landesregierung hat die Notwendigkeit für die Fristverlängerung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern in NRW erkannt.

Der Landtag hat am Mittwoch eine Fristverlängerung bis zum 31.12.2018 beschlossen. Das Gesetz ergänzt und führt das Bundesgesetz über die Industrie- und Handelskammern aus und regelt u. a. die Rechtsaufsicht über die

Industrie- und Handelskammern in NRW, die Rolle der Gemeinden beim Einzug von Gebühren auf Ersuchen der Kammern und die Rechnungslegung und die Bestellung von Sachverständigen.

Notwendig: PsychKG der veränderten Rechtslage anpassen Rede von Serdar Yüksel zur Novellierung

„Die bisher geltende Fassung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) aus dem Jahr 1999 entspricht nicht mehr der veränderten Rechtslage im Bereich der allgemeinen Patientinnen- und Patientenrechte sowie den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention“, so Landtagsabgeordneter Yüksel am Mittwoch im Plenum.

Das abzustimmende „Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten in psychiatrischen Kliniken. Durch die Änderung des Gesetzes werden die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt gestellt und ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Schutz gestärkt. So muss der freie Wille der Betroffenen Voraussetzung für den Abschluss einer Behandlungsvereinbarung sein. Außerdem soll eine offene Form der Unterbringung der Patientinnen und Patienten, sofern dies möglich ist, nun bevorzugt zum Einsatz kommen.

Yüksel betonte in seiner Rede die konkrete Verbesserung im Hinblick auf die Unterbringung von Betroffenen: „Anders als bisher wird zukünftig auch der Anspruch auf den täglichen Aufenthalt im Freien im Gesetz verbindlich geregelt. Der Krankenhausträger muss einen Aufenthalt von mindestens einer Stunde am Tag ermöglichen“.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das bestehende Hilfe- und Unterstützungssystem insgesamt weiterentwickelt und ausgebaut wird. Wie die psychiatrische Versorgung in NRW zeitgemäß entsprechend den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln ist, ist im Entschließungsantrag der regierungstragenden Fraktionen von SPD und GRÜNEN zum Gesetz festgehalten. Ziel muss es sein, durch präventive Maßnahmen Zwangseinweisungen und Zwangsbehandlungen, Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte wie Fixierung, Isolierung und Zwangsmedikation zu verhindern oder zumindest zu reduzieren. In einem nächsten Schritt ist der begonnene partizipative Prozess zur Entwicklung eines Landespsychiatrieplanes engagiert weiterzuführen, um einen entsprechenden Plan 2017 vorzulegen.



Fortentwickelt: Mietpreisbremse für bezahlbares Wohnen



Die Fortentwicklung der Mietpreisbremse der Bundesregierung ist für uns ein wichtiges Thema. Es geht um bezahlbares Wohnen für Millionen von Mieterinnen und Mietern in unserem Land. Dies ist auch ein Beitrag für mehr Verbraucherschutz. Klar ist zudem: Die Initiative richtet sich nicht gegen die Wohnungswirtschaft insgesamt, sondern gegen Vermieterinnen und Vermieter, die ungerechtfertigte Mieterhöhungen durchsetzen wollen. Mit dem Antrag wurde die Landesregierung am Donnerstag aufgefordert, sich auch weiterhin auf der Bundesebene für die praxisgerechte

Weiterentwicklung der bereits in elf Bundesländern angewandten Mietpreisbremse sowie weiterer Regelungen zum Schutz vor Mietpreisüberhöhungen einzusetzen.

Fair: Gerechte Löhne und Sozialstandards für alle Beschäftigten des ÖPNV

Der Öffentliche Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen wird von kommunalen Verkehrsunternehmen, aber auch privaten Anbietern abgewickelt. Dabei spielt die „Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre“ vergaberechtlich eine große Rolle. Gemeint ist damit die kostendeckende Erbringung der vertraglich vereinbarten Verkehrsleistungen. In der Praxis zeigt sich, dass Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Tarif bezahlen und allgemein anerkannte Sozialstandards unterlaufen, Preisvorteile im Ausschreibungsverfahren geltend machen können. Dies führt zu einer schleichenden Unterhöhnung solcher Standards und gefährdet die Existenz beispielsweise kommunaler Verkehrsunternehmen, die bei Ausschreibungsverfahren weniger zum Zuge kommen. Deshalb soll die Bundesregierung im Rahmen der Neufassung des Personenbeförderungsgesetzes Änderungen vornehmen, die die Sozialstandards der Mitarbeiterschaft sichern. Eine genaue Prüfung eigenwirtschaftlicher Verkehre soll auch dazu dienen, schwarze Schafe unter den Anbietern erkennen zu können und gegebenenfalls nicht zu berücksichtigen.



Bürger nah: Bodycams und Kennzeichnungspflicht kommen



Die rot-grünen Regierungsfractionen haben mit ihrem Gesetzentwurf für eine Änderung des Polizeigesetzes zur Einführung einer Kennzeichnungspflicht sowie zur Einführung von Bodycams einen weiteren Schritt unternommen, unsere moderne Polizei noch bürger näher und transparenter auszugestalten. Durch die Zulassung von sogenannten Bodycams im Einsatz wird darüber hinaus die Eigensicherung von Polizistinnen und Polizisten gestärkt. Anders als dies bisher andere Bundesländer oder der Bund erlauben, beziehungsweise planen, sollen Bodycams in NRW auch in Wohnungen eingesetzt werden können, etwa wenn es zu Fällen

Häuslicher Gewalt kommt – ein leider nicht seltenes Einsatzszenario. Der rot-grüne Gesetzentwurf stieß in der Anhörung bei den Sachverständigen mehrheitlich auf Zustimmung. Im Hinblick auf den Einsatz in Wohnungen wurden jedoch Klarstellungen angeregt. Diese Anregungen nehmen die Regierungsfractionen mit dem vorgelegten Änderungsantrag nun in den Gesetzentwurf auf. Das Gesetz wurde am Donnerstag verabschiedet.

Hilfreich: Besserstellung für Erben bei „nachrichtenlosen Konten“

Bisher gibt es keine klare Rechtslage, wie mit Geld auf Konten umgegangen wird, die Jahre oder jahrzehntelang nicht bewegt wurden. Das kann der Fall sein, wenn jemand irgendwo mal ein Konto eröffnet oder 500 Euro anlegt und es dann schlicht und einfach vergisst. Problematisch wird es dann, wenn es um sehr hohe Beträge geht und der Kontoinhaber womöglich verstorben ist. Dann haben die Erben eigentlich ein Zugriffsrecht. Bisher beschränkt sich die Suche der Banken nach dem Kontoinhaber bzw. Erben lediglich meistens darauf, beim Einwohnermeldeamt nachzufragen. Das Problem ist groß: Bundesweit schlummern nach Schätzungen rund zwei Milliarden Euro auf den von Experten sogenannten „nachrichtenlosen Konten.“ Bisher ist es meist so: Meldet sich nach einer gewissen Zeit niemand, wird das Geld von den Banken einbehalten. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass die Erben beziehungsweise Berechtigten zu dem Geld kommen, das ihnen zusteht. Der entsprechende Antrag mit unterschiedlichen Lösungsansätzen – wie z.B. ein zentrales Online-Register – wird am Freitag beraten.





Unter dem Motto „Medien extrem...“ fand am 28. November 2016 im Landtag bereits der sechste Tag der Medienkompetenz (TdM16) statt. Im Fokus des diesjährigen TdM16 standen extreme Phänomene der digitalen Welt: Hass, Hetze und religiöser Extremismus einerseits, aber auch der kreative, präventive und innovative Zugang. Hierzu wurde unter anderem mit dem Islamwissenschaftler, YouTuber und Deradikalisierungstrainer Younes Al-Amayra diskutiert.

Bereits im Vorfeld waren die Abgeordneten des Parlaments dazu aufgerufen worden, anlässlich des TdM16 Einrichtungen und/oder Organisationen vor Ort, also in den Wahlkreisen, zu besuchen und sich mit dem Thema „Medienkompetenz“ auseinander zu setzen. Die Bochumer Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel nutzten diesen Anlass und informierten sich bei einem Besuch des Horst Görtz Instituts (HGI) in Bochum.

Jeden Tag kommen wir mit den digitalen Medien in Berührung. Unsere Daten werden überall erfasst. Dies führt unweigerlich zu neuen Erfahrungen, die uns Vor-, aber auch Nachteile bringen. Daher ist es umso wichtiger über die Kompetenz zu verfügen mit den digitalen Medien umgehen zu können. Einen Eindruck von der Arbeit in diesem Bereich konnten die beiden Bochumer Abgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel bei ihrem Besuch im Horst Görtz Institut für IT-Sicherheit gewinnen. Das HGI wurde im Jahr 2001 gegründet, um in der öffentlichen Forschung auf dem Gebiet der IT-Sicherheit – insbesondere in Europa - fortzuschreiten. Mit seinen mittlerweile vier Studiengängen, die auf einer großen interdisziplinären Bandbreite aufgebaut sind, ist das HGI ein europaweit angesehener Ausbilder.

Im gemeinsamen Gespräch tauschten die beiden Abgeordneten mit Prof. Dr. Holz, Prof. Dr. Schwenk, Prof. Dr. Tuschling und Dr. Schäge von der Ruhr-Universität Anregungen aus und thematisierten u.a. Fragen rund um die Sicherheit der IT-Infrastruktur sowie die Entwicklung des Quantencomputers. Zudem erkundigten sich Gödecke und Yüksel bei den Wissenschaftlern - aus erster Hand - nach der Zufriedenheit mit dem wissenschaftlichen Arbeiten am Institut. Gödecke und Yüksel waren sehr beeindruckt von der Arbeit und zugleich sehr schockiert über die „Macht“ der digitalen Medien, die schon bei Schlüsselanlagen, die über Chips bedient werden, beginnen kann.

Carina Gödecke liest im Rahmen des Vorlesetags 2016 Grundschulern Geschichten vor

Womit kann ein verregneter Freitagmorgen besser beginnen als mit einer Gruppe von Erstklässlern, die ganz gebannt darauf warten, dass ihnen jemand eine Geschichte vorliest?! Den mittlerweile zur Tradition gewordenen Vorlesetag nutzte die Landtagspräsidentin und Bochumer Abgeordnete Carina Gödecke in diesem Jahr, um die Erstklässler der Friedrich-von-Bodelschwingh Schule in Düsseldorf zu besuchen.



Dabei hatte sie die beiden Bücher „Der kleine Drache Kokosnuss“ und „Das Magische Baumhaus“ mit im Gepäck. Was Demokratie bedeutet, lernten die Schülerinnen und Schüler an einem praktischen Beispiel kennen. Ein Teil der Klasse hatte sich das Buch „Der kleine Drache Kokosnuss“ ausgesucht und der andere Teil das Buch „Das Magische Baumhaus“. „Und was macht man, wenn man sich nicht entscheiden kann?“, fragte Gödecke die Klasse. Die Vorschläge kamen prompt, zur Auswahl standen schließlich abstimmen oder aus beiden Büchern vorlesen. Die Klasse entschied sich abzustimmen und fasste damit einen Kompromiss wie er auch in der Politik Anwendung findet. Das Zuhören machte den Erstklässlern nicht nur Spaß, sondern forderte von ihnen auch ein hohes Maß an Konzentration. Mit einem Schoko-Nikolaus konnte Carina Gödecke aber erneut ein Lächeln auf das Gesicht zaubern und den Tag versüßen.



Kein Thema beschäftigt die Menschen vor Ort mehr als die Entwicklung ihres eigenen Stadtteils. In Zuge dessen weckt das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (kurz: ISEK) immer mehr Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Unter dem Motto „Gesundes Wattenscheid - Familienfreundlich und generationengerecht“ ist es das Ziel des

ISEK-Konzeptes die städtebauliche Erneuerung und soziale Stabilisierung des Stadtteils voranzubringen. Einen besonderen Fokus legt das ISEK-Konzept auf die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Kindern und Jugendlichen, Familien und Alleinstehenden sowie Senioren ein gesundes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Um Fragen zu ISEK zu diskutieren, veranstaltete die SPD Wattenscheid ein Bürgerforum für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Nach einer Begrüßung und Vorstellung der Referenten des Bauordnungsamts Bochum und der Planungsgruppe des Stadtbüros durch den Stadtbezirksvorsitzenden Serdar Yüksel, wurde durch informative Vorträge das ISEK-Projekt vorgestellt und in seiner Umsetzung thematisiert. Im Anschluss hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit Fragen zu stellen, aber auch ihre eigenen Erfahrungen zum Thema Stadtentwicklung, sowie interessante Diskussionspunkte einzubringen. Es entstand ein reger Austausch und eine umfangreiche Diskussion, die ganz im Zeichen bürgernaher Politik in Wattenscheid stand. Moderiert wurde der Abend durch Bezirksbürgermeister Manfred Molszich.

„Ich freue mich über die rege Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hier vor Ort. Das macht erneut deutlich, dass Wattenscheid ein ganz besonderer Stadtbezirk ist, wo Bürgerbeteiligung wirklich gelebt wird. Insofern war es eine wichtige und gelungene Veranstaltung für Wattenscheid“, so Serdar Yüksel zum Abschluss der Veranstaltung.

Landtagsabgeordneter Serdar Yüksel begrüßt das Förderprogramm für benachteiligte Stadtquartiere

Serdar Yüksel begrüßt das Förderprogramm für benachteiligte Stadtquartiere: „Der Einsatz für Fördermittel des Landes lohnt sich: Rund 250.000 Euro für die Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes im Park Hamme sind wertvolle Unterstützung für unserer Stadtentwicklungspolitik, insbesondere in Hamme.“

Zur erfolgreichen Beantragung von Fördermitteln des Landes für die Aufwertung der sozialen Infrastruktur von benachteiligten Stadtquartieren erklärt der Bochumer Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel (SPD):

„Ich freue mich, dass wir vor Ort mit unserer Bewerbung erfolgreich waren. Kinder und Jugendlichen wie auch der Stadtteil insgesamt werden davon profitieren. So werden bereits zu Beginn des nächsten Jahres 243.000 Euro für den Spiel- und Bolzplatz in Hamme zur Verfügung gestellt. Gerade in Hamme ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung anzubieten. Mit dem Sonderprogramm zur Förderung von sozial benachteiligten Stadtquartieren haben wir einen wichtigen Mosaikstein unserer ganzheitlichen Stadtentwicklungspolitik für eine lebenswerte „Heimat vor der Haustür“ geschaffen. Damit ist es möglich, die soziale Infrastruktur in den Quartieren zu stärken. Das reicht von Spiel- und Bolzplätzen über Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulen bis zu öffentlichen Plätzen und Gemeinschaftsbedarfseinrichtungen, wie zum Beispiel Bürgertreffs. Der städtische Eigenanteil für die Maßnahme beträgt lediglich 10 Prozent. Wir erreichen damit eine sinnvolle Aufwertung Hammes, die nur mit eigenen Kräften nicht zu realisieren gewesen wäre.“

Im ersten Durchgang werden insgesamt 140 Maßnahmen in 77 Städten mit 25 Millionen Euro gefördert. Das Programm wird im Jahr 2018 fortgesetzt.



Welches Kind möchte nicht einmal mit der Polizei auf Streife gehen und die Arbeit der Polizei hautnah miterleben? Einen ähnlichen - wenn auch deutlich ernsteren Gedanken - hatten die beiden Bochumer SPD-Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Serdar Yüksel, die im Rahmen der Woche des Respekts die Bochumer Polizei während ihrer Schicht begleiteten.



Respekt für unser Gegenüber sollte eigentlich selbstverständlich sein. Und doch ist dieses Selbstverständnis anscheinend nicht mehr allen präsent. „Für viele ist das Wort „Bulle“ gar keine Beleidigung mehr“, berichtet eine junge Polizeibeamtin. Mit ihrem Praxiseinsatz bei der Polizei möchten Gödecke und Yüksel insbesondere zeigen, wie wichtig die Arbeit der Polizei ist. Darüber hinaus lag es ihnen auch daran, sich über die Arbeitsbedingungen sowie die Sorgen der Beamtinnen und Beamten aus erster Hand zu informieren. Dafür gingen die beiden Abgeordneten drei Stunden lang mit zwei Streifenwagenbesatzungen der Polizeiwache Bochum-Mitte auf Streife. Während dieser drei Stunden durften Gödecke und Yüksel erleben, wie vielfältig der Beruf ist und wie viel Feingespür gefordert wird: Von Diebstahl bis hin zur Fahrerflucht und einer Vermisstenmeldung war während dieser Zeit vieles dabei. Sehr dankbar waren die beiden Abgeordneten für die Aufgeschlossenheit, die Informationen und die Tatsache, dass die beiden Streifenwagenbesatzungen ganz selbstverständlich damit umgegangen sind, dass neugierige Laien im echten Einsatz dabei waren. Zudem ergab sich die Möglichkeit den Zentralen Polizeigewahrsam sowie die Räume zur Durchführung erkenntnisdienlicher Maßnahmen anzusehen.

Wenn es nach Gödecke und Yüksel geht, wird dies bestimmt nicht ihre letzte Streifenwagenfahrt gewesen sein. Denn eins steht für die beiden fest: Der Beruf der Polizeibeamtinnen und –beamten ist anspruchsvoll, unverzichtbar und kann vor allem nicht genug wertgeschätzt werden! In diesem Sinne: Hut ab!



Besuch am Rande des Plenums: Abgeordneter Serdar Yüksel lädt Stadtspiegel-Leser zum Landtagsbesuch ein

Am 30.11.2016 besuchten interessierte Leserinnen und Leser des Wattenscheider Stadtspiegels ihren Landtagsabgeordneten Serdar Yüksel. Im Rahmen des Besucherprogramms informierten sie sich über die Arbeit und Strukturen des Landtags.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten im Zuge eines Einführungsvortrags einen Einblick in die Strukturen des parlamentarischen Alltags erhalten und verfolgten im Anschluss die Plenarsitzung von der Besuchertribüne aus. Mit dem Haushaltsgesetz 2017 stand ein brandaktuelles Thema auf der Tagesordnung. Anschließend traf sich die Gruppe mit Serdar Yüksel zur Diskussionsrunde, bei der Yüksel mit einer guten Nachricht verkündete:

„Ich bin sehr froh, ankündigen zu können, dass der Förderturm Zeche Holland, der vom Abriss bedroht war, voraussichtlich ab März 2017 eingerüstet und saniert wird. Danach wird unser Wattenscheider Wahrzeichen für Bürgerinnen und Bürger begehbar und ich setze mich weiter dafür ein, dass ein Konzept zustande kommt, mit dem auch das umliegende Areal zugänglich wird, um als Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger zu dienen“, so Yüksel zu Beginn der Diskussionsrunde.

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung und Einführung in die Arbeitsabläufe eines Abgeordneten, diskutierte Serdar Yüksel mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über den Haushaltsplan für das kommende Jahr, den Länderfinanzausgleich, sowie weitere Themen im Bereich Bildungspolitik und innerer Sicherheit.

Als besonderer Höhepunkt vor der Rückfahrt wartete zum Abschluss auf die Besucherinnen und Besucher ein gemeinsames Foto und ein kurzes Kennenlernen mit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Weitere Informationen

Carina Gödecke



Serdar Yüksel



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0